

Indische Politik nach den Wahlen

Autor(en): **Schüler, Alfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **42 (1962-1963)**

Heft 5

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161357>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Indische Politik nach den Wahlen

ALFRED SCHÜLER

Dr. Radhakrishnan, Indiens renommiertester Philosoph und — seit April dieses Jahres — zweiter Staatspräsident, ist ein hagerer Südinder mit der verfeinerten Geistigkeit, der eingeborenen Autorität eines Brahmanen. Über dem feingeschnittenen Gesicht mit forschenden, durchdringenden Augen hinter einer randlosen Brille, sitzt nicht die institutionalisierte Kopfbedeckung der alten «Freiheitskämpfer-Garde», die Gandhi-Kappe, sondern ein weißer, hoher Turban. Den Hinduismus samt seiner sozialen Ausformung, dem Kastenwesen, hat Radhakrishnan, ein Konservativer nach Herkommen und aus Überzeugung, schon in den dreißiger Jahren in Oxford verklärend dargestellt: als Musterfall einer sozialen Koexistenz, einer konfliktlosen Demokratie. Bereits als Vizepräsident hat er mit kontroversen Stellungnahmen in die Tagespolitik eingegriffen. Warum, so fragte er rhetorisch im Dezember 1958 eine Versammlung in Kalkutta, haben die Inder geringere Fortschritte gemacht als Japaner, Russen und Deutsche? Seine ätzend selbstkritische Antwort: «Wir sind, wenn wir aufrichtig sind mit uns selbst, im Grunde unehrlich, korrupt und degeneriert.» Bei einer anderen Gelegenheit, im Februar 1961, bei der Eröffnung des Parlamentsgebäudes im Gliedstaat Orissa, kritisierte der damalige Vizepräsident unverblümt die indische Ein-Parteien-Wirtschaft: «Macht korrumpiert, und nichts korrumpiert so absolut wie demokratische Macht... Die Regierung eines Volkes durch eine Partei, die eine große Mehrheit gewonnen hat, neigt dazu, sich als von den Zügelungen einer Opposition befreit anzusehen. Die Größe der Partei und eine langdauernde ununterbrochene Machtausübung erzeugen Selbstgefälligkeit, Unempfindlichkeit gegenüber Kritik und oftmals häßliche Kämpfe innerhalb der Partei um die Amtspfründe.» Die Kongreßpartei wurde in dieser Philippika nicht ausdrücklich erwähnt.

Ein profilierter Präsident

Seit Dr. Radhakrishnan, der profilierte, eigenwillige Intellektuelle, die Staatspräsidentenbürde von Dr. Rajendra Prasad, einem auf dem Lande und seinen Traditionen verwurzelten, schlichten Mann, übernommen hat, hat die übliche Frage «Was — und nicht nur wer — kommt nach Nehru?» etwas von ihrem beunruhigenden Charakter verloren. In den zurückliegenden Jahren ist oft übersehen worden, daß ein starker Präsident allein durch seine verfassungsrechtliche Stellung in Krisensituationen, etwa in einer Phase der geschwächten Zentralgewalt, eine entscheidende Rolle spielen kann. Schließlich ist es der Staatspräsident gewesen, der in Kerala durch den Gouverneur die auf ord-

nungsgemäßem Wege gewählte kommunistische Regierung absetzen ließ, mit der an sich wenig stichhaltigen Begründung, wie die nachfolgenden Wahlen bewiesen, daß sie nicht den Willen des Volkes repräsentiere. Kerala war der fünfte Fall in der Geschichte der Indischen Union, in dem ein Staatspräsident von seinen außerordentlichen Vollmachten Gebrauch gemacht hatte.

Es ist bekannt, daß Dr. Radhakrishnan und viele andere Politiker nach dem Ende der Ära Nehru einen Zerfall der herrschenden Kongreßpartei erwarten. Die Kongreßpartei, 77 Jahre alt und ein amorpher Haufe voller Richtungskämpfe, mit Grundbesitzern, Bauern, Prinzen, Industriellen und Sozialisten, Besitzenden und Habenichtsen in seinen Anhänger-Kadern, der seit der Unabhängigkeitserklärung nur durch Nehru und den «Nehruismus» ein einheitliches Gesicht erhalten hat — die Kongreßpartei werde sich in eine konservative und eine fortschrittliche Gruppe spalten. Lakonisch prophezeit Dr. Radhakrishnan dem Interviewer: Anfänglich würden die Konservativen regieren; dann jedoch würden die Fortschrittlichen das Steuer in den Griff bekommen.

Wiederholt hat Radhakrishnan nach einer landesweiten Oppositionspartei gerufen, nach einer zweiten nichtkommunistischen Partei auf Landesebene. Indes: Die Wahlen im Februar 1962 haben gezeigt, daß Indien von einem ungefähren Zweiparteiensystem weiter als vorher entfernt ist. Daß die Kongreßpartei wiederum eine erdrückende Mehrheit erhalten würde, war von Anfang an sicher gewesen. Die Macht ihrer etablierten Parteimaschine, das Prestige der alten «Freiheitskämpfer-Garde», die finanzielle Unterstützung der Kongreßpartei durch Industrielle, die keine andere Alternative sehen und die damit gleichsam eine Rückversicherung abschließen, oder die von der bürokratischen «Bewilligungs-Demokratie» abhängig sind, sicherten der Kongreßpartei den neuerlichen Sieg.

Randoppositionen gegen das Zentrum

Bemerkenswert an dem Wahlausgang war jedoch, daß kleinere Oppositionsparteien in das Bollwerk der Kongreßpartei einzubrechen vermochten. Es war erstaunlich, daß beispielsweise die separatistische, nur auf Südindien beschränkte «Dravida Munnetra Kazhagam» 2,3 Millionen Stimmen und sieben Sitze im Lok Sabha erhielt. Überraschend nahm man auch die Tatsache zur Kenntnis, daß die neue, 1959 gegründete Swatantra- (oder «Freiheits»-) Partei, die in dem früheren Generalgouverneur Rajagopalachari eine vortreffliche Gallionsfigur und in Minoo Masani einen intellektuellen, zielbewußten Generalsekretär hat, auf Anhieb 7,3 Millionen Stimmen und 18 Sitze im Lok Sabha errang — mehr als die Praja-Sozialisten, das Sammelbecken der indischen Intelligentsia, deren Vorsitzender, Asoka Mehta, nicht einmal mehr ins Parlament zurückkehrte. Der Erfolg der Swatantra-Partei kam allerdings, wie es scheint, weniger dadurch zustande, daß diese Partei, die von Nehru als «faschistisch» diffamiert

worden ist, eine soziale Marktwirtschaft auf schöngedruckten Pamphleten anpries, daß sie Korruption und Mißstände in der Kongreßpartei anprangerte und versprach, einmal an die Macht gekommen, mit der gesamten Planwirtschaft aufzuräumen. Der Erfolg der Swatantra-Partei kam vielmehr dadurch zustande, daß sie in verschiedenen Gliedstaaten mit recht divergierenden Splittergruppen Wahlbündnisse einging und regionale Unzufriedenheiten ausnützte. Es ist schließlich auch bemerkenswert, daß die Jan-Sangh-Partei ihre Sitze im Lok Sabha von vier auf vierzehn vermehren konnte: die Partei der fanatischen Hindu-Reaktionäre, die gleichsam die Hindu-Sentimentalität der Inder unter der westlichen Fassade ansprechen. Kurz, diese Wahlen haben Ansätze zu einem politischen Dialog in Indien entstehen lassen, allerdings zu einem Dialog in vielen Sprachen. Im Grunde haben diese Wahlen das Vorhandensein der sogenannten «zentrifugalen Kräfte», die in einer Krisensituation an Indiens Einheit zerren werden, bestätigt.

Die einzige auf Landesebene operierende Partei, die sehr geringe Stimmengewinne verbuchen konnte (von 8,9 auf 10 Prozent), war die kommunistische. Dieser Sonderzuwachs hat in Indien keine größeren Besorgnisse ausgelöst. Man trifft nämlich in Indien kaum einen Politiker, der es für möglich hält, daß die Kommunisten je auf normalem Wege an die Macht kommen könnten. Die indische KP, die mehrere Flügel hat und die in Bombay mit S. A. Dange ein anderes Gesicht hat als bei den Pekinghörigen im radikalen Kalkutta, schleppt zwei Mühlsteine mit sich! Einmal ist ihr Programm allem, was zur hinduistischen Tradition gehört, diametral entgegengesetzt. (Deshalb auch hoffen die indischen Kommunisten, daß die Entwicklungshilfe, die östliche wie die westliche, diese vorhandenen natürlichen Barrieren mit der Zeit auswaschen wird und daß mit dem Entstehen einer traditionslosen Industriegesellschaft später einmal ihre Stunde schlägt.) Sodann vergißt man den indischen Kommunisten nicht, daß ihre Partei (die nebenbei von der britischen Kolonialmacht zugelassen worden ist) für den Eintritt Indiens in den zweiten Weltkrieg gestimmt und sich damit der Parole der damaligen Kongreßpartei widersetzt hat. Diese unpatriotische Linie hat sodann die indische Kommunistische Partei in ihrer Haltung gegenüber den Übergriffen Rotchinas auf indisches Gebiet erneut eingenommen. Sie ist deshalb als «unpatriotisch» gebrandmarkt.

Kommunismus mit Kasten-Slogans

Das Zwittergebilde des Kommunismus in Indien läßt sich an der Situation in Kerala am ehesten erkennen: In Kerala, einem hinreißend schönen Küstenstrich von der Größe Baden-Württembergs, mit 16 Millionen Bewohnern, paradiesisch schön wie ein Südseeiland, das Hollywood-Produzenten aufgebaut haben könnten, wirtschaftlich unstabil (überwiegend Landwirtschaft; mangelhafte, sehr langsam voranschreitende Industrialisierung; beträchtliche Arbeits-

losigkeit; akademisches Proletariat; ein erwachendes politisches Bewußtsein). Kerala wird von einer wackligen Koalition aus Kongreßpartei und Praja-Sozialisten regiert. Zerfiel diese Koalition, die im Februar 1960 der kommunistischen Herrschaft in Kerala ein Ende gesetzt hat, so würden der damalige rote Herrscher und jetzige Oppositionsführer und seine Mannschaft, E. M. S. Namboodiripad, wahrscheinlich in die Regierung zurückkehren; daran wird allgemein nicht gezweifelt. Denn Namboodiripads Kommunisten haben 1960, als sie von der Koalition zu Fall gebracht worden waren, sogar mehr Wählerstimmen erhalten (43 Prozent) als in ihrem «Siegesjahr» 1957 (35,5 Prozent).

Trotz dieser besorgniserregenden Zahlen ringen in Kerala, wo rote Fahnen mit Hammer-und-Sichel-Emblem in den Dörfern unter Palmen hängen, wo andererseits riesige Christusstatuen mit ausgebreiteten Armen von den Firsten der katholischen Kirchen herab alles überragen, nicht «schwarze» und «rote» Parteien um Wählerseelen, sondern verschiedene Kasten, die sich erst allmählich als soziale Klassen artikulieren. Eine groteske Erscheinung, die man heutzutage in verschiedenen Regionen Indiens feststellen kann, ist im «kastenbewußten» Kerala besonders hervorstechend: die demokratische Maschinerie mit Wahlrecht in den «Panchayats», den dörflichen Selbstverwaltungen, hat den Kastengeist intensiviert! Das ist eine leidige Tatsache, die indessen von realistischen Politikern nicht abgestritten wird. Eine Kaste gibt ihre Wahlstimme einem Kandidaten, der zur gleichen Kaste gehört; selten nur wird eine Parteifarbe gewählt. Noch immer ist die Loyalität zur Kaste stärker als die Identifizierung mit Klasseninteressen. Dr. V. K. Sukumaran Nayar, der Leiter der Abteilung für Politik an der Universität Trivandrum, ein in Yale ausgebildeter Soziologe, hatte in den Wochen vor den letzten Wahlen in Kerala in neun Wahlkreisen eine Repräsentativbefragung durchgeführt. Die detaillierte Analyse der Resultate ist veröffentlicht worden. Quintessenz: Während in Kerala sämtliche Einkommensgruppen sowohl für die Koalition als auch für die Kommunisten gestimmt haben, haben 72 Prozent der Harijans, der «Unberührbaren», und 57 Prozent der Ezhavas (der niedrigen Kaste) die Kommunisten unterstützt. (Harijans und Ezhavas, die den Kommunisten zum Löwenanteil ihrer Stimmen verholten haben, machen zusammen nur 36 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.) Der Wahlkampf wurde hauptsächlich mit Kasten-Slogans geführt: die Kommunisten seien gegen die Interessen der Nairs, sagten die Nairs; die Koalition sei gegen die Interessen der Ezhavas, behaupteten die unteren Kasten. Dr. Nayars Untersuchung zeigte, daß im Augenblick noch die Kastenloyalität stärker ist als das erwachende Klasseninteresse: in Wahlkreisen, in denen beispielsweise der Koalitionskandidat ein Ezhava war, stimmten die Nairs trotzdem für einen der Ihrigen, selbst wenn dieser Nair ein kommunistischer Kandidat war.

Diese Verflechtung von Kaste und Parteipolitik erhöht die Unstabilität. Denn es läßt sich nicht voraussagen, ob die Nairs auch in Zukunft noch hoffen

dürfen, daß ihre Interessen von der antikommunistischen Koalition gewahrt werden; schließlich hatte der legendäre greise Schulmeister, Mannath Padmanabhan, der vor den letzten Wahlen den Widerstand der Nairs gegen die kommunistische Regierung organisiert hat, indem er von Haus zu Haus zog, Anhänger suchte und sich von jedem überredeten Nair eine Kokosnuß geben ließ, seinerzeit die Politik der Kommunisten toleriert, als seine Nairs in der engen Allianz von «Kongreßpartei» und katholischen Christen eine Gefährdung ihrer Interessen witterten.

Der mit dem Stimmzettel entmachtete «rote Herrscher», der geschulte internationale Kommunist E. M. S. Namboodiripad, der diplomatisch zwischen dem Moskau-Flügel und dem China-Flügel innerhalb der indischen Kommunistischen Partei laviert, in dessen «Bungalow» mit Buntpapier überzogene Nachbildungen eines Hammers und einer Sichel an der Wand hängen, ein Brahmane und Großgrundbesitzer, der sein Land verkauft und den Erlös seiner Partei vermacht haben soll, gibt zu, daß die Kastenfrage in der Politik Keralas eine große Rolle spiele. In den niederen Kasten, in denen die Kommunisten das Gros ihrer Anhänger haben, meint er, seien die Kastenbindungen stärker als in den oberen Kasten.

Pater Victor, Professor für Soziologie am Apostolischen Seminar in Alwaye, ein robuster Baske, der seit 32 Jahren in Kerala wirkt, vor allem in der Sozialarbeit, schätzt wiederum, daß etwa zehn bis fünfzehn Prozent der kommunistischen Wähler geschult seien. «Marxismus-Katechismen» würden einstudiert. Zudem sei die kommunistische Partei straff und geschickt organisiert: während die «Kongreßpartei» bis hinunter zur Wahlkreisebene Parteiarbeiter aus höheren Kasten beschäftigt, überwiegen unter den kommunistischen Funktionären die höheren Kasten nur bis zur Distriktebene; darunter, in den Zellen der 126 Wahlkreise, ist die Parteiagitation Angehörigen der niederen Kasten übertragen worden. «Soweit ich informiert bin», resigniert Pater Victor, «hat selbst die beträchtliche Sozialarbeit, die in den niederen Kasten, unter den Ezhavas und den Harijans, geleistet worden ist, auch nicht einen von ihnen für unsere Sache gewonnen. Viele von ihnen haben den Glauben an Sozialreformen, an soziale Gerechtigkeit verloren und meinen, daß der Kommunismus die einzige Lösung für alle ihre Probleme sei. . . Sie haben eine deutliche Abneigung gegen die sozialen Kräfte und Institutionen, die, wie sie glauben, die Ursache für ihre Rückständigkeit seien, und sie schließen sich der kommunistischen Partei an, ehe sie die Grundlagen der kommunistischen Doktrin kennen. . . Bei vielen von ihnen haben wir unsere Chance verpaßt.»

Im Schatten eines weitausladenden Baumes

Setzt man voraus, daß die Kongreßmehrheit noch eine Zeitlang anhalten wird, dann erhält das Ratespiel auf den Cocktail-Parties in Delhi einen besonderen

Sinn: Wer wird Nehrus Nachfolger? Im Frühjahr 1961, als ein Schwarm nachrichtenhungriger britischer Journalisten Königin Elisabeth auf ihrer Indienreise folgte, sagte Premierminister Nehru in einem Interview mit dem Korrespondenten des Londoner «Daily Herald», er sei müde. Sofort wucherten Spekulationen, daß Nehru sich mit Rücktrittsabsichten trage. Der Premierminister dementierte die Gerüchte, und die liberale Wochenzeitung «Eastern Economist» leitartikelte daraufhin, es sei zu hoffen, der Premierminister habe nicht noch einmal, wie schon 1956, einen besonderen Zeitpunkt — ein Jahr vor den Wahlen — benützt, um das Land auf dem Umwege über Rücktrittsgerüchte von seiner Unersetzlichkeit zu überzeugen. Damals, nach dem Rücktrittsgerede von 1956 und den Wahlen von 1957, führte das «Indian Institute of Public Opinion» eine Umfrage über die Nachfolge durch. Und damals schon erhielt Krishna Menon, der nervöse, aggressiv-charmante, linksgerichtete Verteidigungsminister, vierundvierzig Prozent der Stimmen; der andere Anwärter aus der «alten Garde», Finanzminister Morarji Desai, brachte es nicht einmal auf zehn Prozent der Stimmen. Diesem überraschenden Umfrageergebnis, das beunruhigend sein könnte, wurde von politischen Beobachtern wenig Bedeutung beigemessen. Es wird allgemein angenommen, daß Krishna Menon von der politischen Bühne verschwinden wird, sobald Nehru geht. Es ist die alles beherrschende Position des Premierministers, durch die der Extremist Krishna Menon, der innerlich nie richtig nach Indien heimgekehrt ist, im Amte gehalten wird.

Von der einzigartigen Höhenstation des Premierministers haben alle Spekulationen über die Nachfolge auszugehen. Nehru überragt alle und ist allein; in seiner allernächsten Umgebung sitzen bereits die schweigsamen Kritiker, die öffentlich Ja-Sager sind. Zudem liegen zwischen Nehrus «Indien» und dem wirklichen Indien Jahrzehnte; zwischen dem Indien der jungen Techniker, der verwestlichten Mittelklasse, der Planer in Delhi, der modernen Stahlwerke, die wie Stecknadelknöpfe auf einer großen Landkarte sind, und dem Indien der zeitlos in der Gegenwart lebenden 558 088 Dörfer, in denen die Ochsenkarren jetzt mit Gummireifen versehen sind, ist eine Kluft, die schier unüberbrückbar scheint. Wäre es nicht besser, wenn man einige der heiligen Streukühe schlachten würde, wurde Nehru einmal auf einer Pressekonferenz von einem ausländischen Journalisten gefragt. Den Kopf auf die Hand gestützt, entgegnete Nehru in seiner Manier, laut denkend: «Was soll man machen, wenn man es mit einem Haufen von Narren zu tun hat?» Das ist die unvorstellbare, die fast tragische Einsamkeit *dieses* Regierungschefs *eines* 430-Millionen-Volkes.

Man hat die Situation mit einem Bilde charakterisiert. Unter einem weit-
ausladenden Baum wächst nichts. Wenn der Baum einmal gefällt sein wird,
dann erst werden Gewächse sprießen und wuchern, von denen man bis dahin
nichts geahnt hatte. Dann ist es denkbar, daß auch die Außenseiter eine Chance
haben werden, etwa einer der teilweise hervorragenden Kongreß-Minister-

präsidenten in den Gliedstaaten, eine jüngere Generation also, die sich von der überalterten Kongreß-Prominenz in der Hauptstadt unterscheidet.

Ein Außenseiter mit Chancen

Ein solcher «indischer Kennedy» ist Yeshwantrao Chavan, der Ministerpräsident des Gliedstaates Maharashtra, ein 47jähriger Politiker mit noch unberechenbaren Chancen. Seine Verwaltung des Staates Maharashtra, der 48 Millionen Menschen zählt, gilt als die beste Kongreß-Verwaltung. Sein Vorgänger in Bombay war Morarji Desai, der jetzige Finanzminister in der Zentralregierung.

Morarji Desai ist ein Asket, der nicht raucht, nicht trinkt, und ein Gespräch mit ihm berührt die ewigen Werte, den Glauben, den ein Volk haben müsse, den gereinigten Hinduismus, der das Kastenwesen geläutert konservieren würde. Chavan hingegen ist ein Realist. Ihm fehlt die Mischung von Vagheit, Ironie, Schläue, die an indischen Politikern stört. In dem Interview, das er gewährte, fällt eine kalkulierende, distanzierte Art auf. Chavan liest Peter Cheneys Kriminalromane, er verfolgt die politische Literatur; trotzdem hat er als ein «Volks-Ministerpräsident» eine offene Tür: 200 bis 300 Besucher kommen täglich, die ihre Anträge, Gesuche, Eingaben zumindest seinem Privatsekretär aushändigen können. Seine Freunde sagen, es sei Chavans Geheimnis, daß er seinen Gegner niemals unterschätze. 1959, nach den chinesischen Übergriffen, erklärte Chavan auf der Rednertribüne, daß Indien «wie ein Mann» gegen China kämpfen würde, und daß Indien, wenn es eine erstrangige Macht sein wolle, «eine erstklassige Armee und eine erstklassige Luftwaffe» brauche. Gegenüber China sollte Indien eine Haltung der «prepared watchfulness» einnehmen, meint er auch heute.

Chavans Art wird vielleicht am besten durch eine Geschichte charakterisiert, die er bei einem Bankett in Bombay erzählt hat. Friedrich der Große habe einmal gesagt: «Ich bin König, denn ich kontrolliere mich selbst. Ich bin Herr meiner selbst.» Ein Wohlfahrtsstaat sei gefährlich, wenn er den Leuten, denen er Krücken liefere, auch noch beibringe, daß sie die Beine verlieren könnten. Chavan, der in seinem Staate ein klar sozialistische Landreform durchgeführt hat, betont, daß die Kongreßpartei, die prinzipiell auf eine «gemischte Wirtschaft» festgelegt sei, niemals den Gandhi-Grundsatz der «Reinheit der Mittel für einen Zweck» vergessen würde. Dieser Grundsatz werde stets als Korrektiv wirken.

Beobachter, die mit einem nüchternen, kritischen Blick den Zustand der Kongreßpartei abschätzen, meinen allerdings, daß Chavan Aussicht habe, der erste gute Kongreß-Oppositionsführer zu werden: Im Frühjahr 1962 wurden die Wahlen noch von der «alten Garde» bestritten. In den fünf Jahren, die bis zur nächsten Wahl vergehen müssen, werde dann der Boden unter dem schattenwerfenden Riesenbaum seine Geheimnisse preisgeben.